

Buochs, 30. Januar 2026

Medienmitteilung

Starke Stimmen, klare Botschaften: Kandidaten und Nationalrätin Monika Rüegger prägen politischen Abend.

Volles Haus und klare Botschaften in Buochs: Die SVP Buochs präsentierte am Buochser Wahlanlass im Restaurant Sternen die fünf Kandidaten, fasste Parolen zur eidgenössischen Abstimmung und bot spannende Einblicke in die EU-Verträge. Nationalrätin Monika Rüegger aus Obwalden referierte eindrücklich, während die Kandidaten mutig ihre Positionen vertreten. Ein Abend voller Information, politischem Engagement und Weichen für die Zukunft.

Klare Worte zur Entfremdung zwischen Staat und Bevölkerung

Roland Blättler, Kantonalpräsident SVP Nidwalden thematisierte in seiner Eröffnungs-Ansprache die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Staat durch Bürokratisierung, unklare Zuständigkeiten und Gemeindefusionen. Er betonte die Bedeutung praxisnaher Politik in Bereichen wie Asyl- und Migrationspolitik, Wohnraumentwicklung, Verkehr und Infrastruktur, die sich an realen Bedürfnissen orientieren soll. Zudem hob er die Förderung der Eigenverantwortung und die Unterstützung der Gemeinden hervor.

Monika Rüegger warnt vor EU-Vertrag: „Direkte Demokratie wird untergraben“

Nationalrätin Monika Rüegger (Obwalden) sprach im heimatlichen Engelberger Dialekt über die Konsequenzen des umfangreichen EU-Vertragswerks für die Schweiz. Sie betonte, dass die tausenden Seiten des Vertragswerks für Schweizer Bürgerinnen und Bürger kaum nachvollziehbar seien und verglich die Situation mit Firmen, die selbst bei grossen Verträgen nie einen solchen Umfang hätten. Nach akribischer Prüfung der über 2'000 Seiten sei durch die SVP-Bundeshausfraktion eine fundierte Stellungnahme erstellt worden, deren Fazit alarmierend sei.

Rüegger kritisierte, dass das EU-Recht dem Schweizer Recht vorgezogen werde und direkt implementiert werde, ohne Filter durch das Parlament. Dadurch verliere die Bevölkerung die Möglichkeit, Initiativen und Referenden in vollem Umfang zu nutzen, und auch die Schweizer Justiz werde eingeschränkt. Ein Schiedsgericht der EU könnte künftig über die Schweiz entscheiden.

Zuwanderung und Sozialleistungen

Die Nationalrätin wies auf die Folgen der Personenfreizügigkeit hin: Die Schweiz habe im internationalen Vergleich eine besonders hohe Zuwanderung. Nach fünf Jahren Aufenthalt könnten Zugewogene Anspruch auf einen Pass, Sozialleistungen und Familiennachzug haben in einem umfangreichen Ausmass. Dies führe zu finanziellen Herausforderungen für Gemeinden und potenziell bis zu 600'000 zusätzliche Personen.

Energie und Stromabkommen

Rüegger kritisierte das Stromabkommen, insbesondere die Einschränkung staatlicher Beihilfen und die Verpflichtung, erneuerbare Energie nach EU-Regeln zu fördern. Die Schweiz müsse ihre Reserven künftig auch für die EU bereitstellen, ohne eigene Vorteile daraus zu ziehen.

Gesundheits- und Landwirtschaftsrecht

Die Referentin hob hervor, dass EU-Regeln in Bereichen wie Käseproduktion oder Alpwirtschaft

künftig Schweizer Vorschriften ersetzen könnten. EU-Kontrollen könnten steuerfrei erfolgen, während die Schweiz die Kosten trage – geschätzt rund 50 Milliarden Franken.

Wirtschaftliche Konsequenzen

Rüegger warnte vor negativen Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft. Das Land habe derzeit niedrige Steuern, hohe Löhne und eine starke Handelsbilanz. Mit der Übernahme von EU-Recht drohten höhere Kosten, geringere Wettbewerbsfähigkeit und die Abhängigkeit von EU-Vorgaben. Auch im Hochschulbereich könnten bis zu 80 % der Studierenden aus der EU kommen, während die Schweiz die Kosten trage.

Direkte Demokratie und Ständemehr

Abschliessend betonte Rüegger, dass das Ständemehr in der Volksabstimmung entscheidend sei. Sie kritisierte, dass der Vertrag „Erpressung“-Charakter habe und unverhandelbar sei. EU-Recht überstülpe Schweizer Verfassungsrecht, wodurch demokratische Mitbestimmung eingeschränkt werde.

Nationalrätin Monika Rüeggers Fazit: «Der Vertrag ist in dieser Form inakzeptabel und darf weder von der Bevölkerung noch von den Kantonen angenommen werden.»

Parolenfassung und Vorstellung der Landratskandidaten

Die Landratskandidierenden erläuterten die eidgenössischen Vorlagen engagiert und aus unterschiedlichen Perspektiven mit Mut, teils Humor und auch klaren Worten.

Mit einem beeindruckenden Auftritt überzeugte der jüngste Buochser Landratskandidat, Leon Rossi aus Buochs (19). Er ist in Ausbildung als Metallbauschlosser und sehr aktives und motiviertes Mitglied der Jungen SVP Nidwalden. Am Anlass wurde die engagierte Mitwirkung der Jungen SVP an politischen Aktivitäten und Wahlen hervorgehoben und mit kräftigem Applaus gewürdigt. Anschliessend folgte die Vorstellung der vier weiteren Landratskandidierenden. Jeder präsentierte eine der vier eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 8. März mit Argumenten dafür oder dagegen, fundierten Erklärungen und der entsprechenden Parolenfassung der SVP-Mitglieder für die Eidgenössischen Abstimmungen vom 8. März 2026.

Bruno Zimmermann (39), Landwirt und Logistiker, stellte die Initiative «Bargeld ist Freiheit» vor. Die Bargeld-Initiative verlangt, dass Münzen und Banknoten dauerhaft verfügbar bleiben und dass ein Ersatz des Schweizer Frankens nur mit Zustimmung von Volk und Ständen möglich ist. Diese Verankerung in der Verfassung sei notwendig, weil Bargeld Freiheit, Anonymität, Krisensicherheit und Zugänglichkeit für alle garantiere. Gesetze könnten geändert werden – die Verfassung nur durch das Volk.

Der Gegenvorschlag des Bundesrates wird als zu schwach und unverbindlich kritisiert: Er garantiere weder den Erhalt von Bargeld noch verhindere er einen digitalen Franken ohne Volksentscheid. Zudem lasse er «zu viele Hintertüren offen».

Die Empfehlung lautet deshalb: Zweimal Ja – aber nur die Initiative annehmen. Nur die Initiative biete einen klaren, verbindlichen Schutz für Bargeld und den Schweizer Franken.

Sepp Gabriel (58), Landwirt und Landrat, sprach zur SRG-Initiative „**200 Franken sind genug!**“

Die SRG-Initiative verlangt eine Senkung der Radio- und TV-Abgabe von 335 auf 200 Franken. In einer Zeit stark steigender Lebenshaltungskosten bringt sie eine spürbare Entlastung für Haushalte und schafft Fairness für das Gewerbe, das heute teils zehntausende Franken pro Jahr bezahlt, ohne das Angebot nutzen zu können.



Die SRG kann ihren Informationsauftrag auch mit 200 Franken problemlos erfüllen: Mit rund 850 Millionen Franken bleibt genügend Budget, um Information, Kultur und Regionaljournalismus sicherzustellen. Befürchtungen wie der Verlust des Lauberhornrennens oder ein Abbau in den Regionen sind unbegründet.

Die Initiative sorgt für eine zeitgemässe, faire Finanzierung des Service public – ohne Überfinanzierung, aber mit klarer Entlastung für Bevölkerung und Unternehmen.

Deshalb stimmt die Versammlung einstimmig der Initiative zu.

Beat Risi (46), Landwirt und Landrat, stellte die Klimafonds-Initiative „**Für** eine gerechte Energie- und **Klimapolitik**“ vor.

Die Klimafonds-Initiative verlangt einen milliardenschweren Fonds ausserhalb der Schuldenbremse, in den der Bund jährlich 7 bis 10 Milliarden Franken einzahlen müsste. Damit würden neue Subventionstöpfe ohne klare Prioritäten geschaffen – finanziert durch massive Steuererhöhungen bei Mehrwert- oder Bundessteuer. Dies belastet Familien, KMU, Gewerbe und besonders die Landwirtschaft. Gleichzeitig würden andere zentrale Aufgaben wie Sicherheit, Bildung, Infrastruktur oder Landwirtschaft verdrängt. Die Initiative führt zu 100 bis 200 Milliarden neuer Schulden und unterläuft die bewährte Schuldenbremse. Die Versammlung ist überzeugt: Klimaschutz braucht wirksame und bezahlbare Massnahmen – keinen unkontrollierten Klima-Schuldenfonds. Deshalb stimmt die Versammlung einstimmig gegen die Initiative.

Rudolf Peschel (44): Gründer und Leiter der PeschelPartners AG in Hergiswil stellte das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung vor.

Die Individualbesteuerung klingt modern, führt aber zu neuen Ungerechtigkeiten und hoher Bürokratie. Sie belastet viele Ehepaare des Mittelstands mit zusätzlichen Steuern, schafft 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen und zwingt Familien zur künstlichen Vermögensaufteilung wie bei einer Scheidung. Die Umsetzung wäre milliardenteuer, und 21 Kantone warnen geschlossen vor den Folgen. Die Reform ist ein teures Experiment, das Familien schwächt, den Föderalismus unter Druck setzt und mehr Probleme schafft, als sie löst. Deshalb lehnte die Versammlung diese Vorlage ab.

Autorin Luzia Lüthi-Odermatt

Mediensprecher und Fragen an:

Roland Blättler
Landrat SVP Stansstad
Kantonal-Präsident SVP Nidwalden

Mobile: +41 789 141 539
Mail: roland.blaettler@svp-nw.ch
Web: www.svp-nw.ch

Bildlegende (© Luzia Lüthi-Odermatt, SVP Nidwalden):



1: v.l.n.r Bruno Zimmermann, Landratskandidat (neu), Monika Ruegger Nationalrätin Obwalden, Armin Odermatt, Landrat (bisher) und neu Regierungsrat Nidwalden, Sepp Gabriel, Landrat bisher und Landratskandidat, Beat Risi, Landrat bisher und Landratskandidat, Leon Roosi, Landratskandidat (neu), Rudolf Peschel, Landratskandidat (neu)



2 Rudolf Peschel stellt als Landratskandidat (neu) die Abstimmungsinitiative über das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung vor



1 Kreativität in den Landratswahlen: Die Wahlkampf-Jacke der SVP Nidwalden ist für die Landratskandidaten ein willkommene Werbemöglichkeit und ein ständiger Begleiter; die Liste 4 ist dabei markant auf dem Rücken geprägt.



2 Präsident, Beat Risi der Ortspartei SVP Buochs verabschiedet sich von den vielen Gästen im Restaurant Sternen.